

Volksernährung im Kriege.

Sonntag fand im Sitzungssaal der Deutschen Arbeiterpartei die heutige Hauptversammlung des Reichsvereins der Deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs, des Hauptverbandes der Partei, statt. In der Versammlung erstattete der Obmann der Partei Walter Gattermayer einen Bericht über die Volksernährung und legte der Versammlung eine Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, vor, in der der Zubericht Ausdruck gegeben wird, daß durch eine zielbewußte Tätigkeit der verantwortlichen Stellen das Durchhalten mit den vorhandenen Lebensmitteln und notwendigen Bedarfsgegenständen bis zur siegreichen Beendigung des Krieges möglich ist. In dem nunmehr zu errichtenden österreichischen Ernährungsamt kann aber die Gewähr für die notwendige Raschheit und Zielsicherheit der Regierungsmaßnahmen so lange nicht erblickt werden, als dieses Amt nach dem Muster Ungarns nicht in ein Ernährungsministerium umgewandelt wird, das — von den übrigen Ministerien vollständig unabhängig — imstande ist, die bei der Lösung ernährungspolitischer Fragen sich immer ergebenden Kompetenzschwierigkeiten zu beheben. Die Versammlung verlangt, daß an die Spitze des so ausgestalteten Ernährungsamtes ein Direktor gestellt wird, dem die weitestgehenden Befugnisse erteilt werden und der die Erfahrungen des Kriegsernährungswesens in seinen Maßnahmen zu verwerten hätte. Die Hauptversammlung sieht zunächst in der unerwarteten Haltung Ungarns gegenüber der Gestaltung des österreichischen Lebensmittelmarktes eine der Hauptursachen der Schwierigkeiten unserer Volksernährung und muß neuerdings feststellen, daß in dem Mangel eines gemeinsamen Versorgungsgebietes eine der Hauptursachen der unzulänglichen Wirkung der von der österreichischen Regierung getroffenen Maßnahmen zu sehen ist. Eine weitere Ursache der unzulänglichen staatlichen Lebensmittelpolitik ist in dem Mangel einer Hilflungnahme mit der verbrauchenden Bevölkerung zu suchen. So wurden zum Beispiel in die Zentralkommission für den Viehverkehr bloß drei Vertreter der Verbraucher berufen. Sie verlangt deshalb eine gleichmäßige Vertretung der Verbraucher und Erzeuger in allen Approvisionierungsstellen. Ebenso sieht die Hauptversammlung in dem Nebeneinanderarbeiten der staatsbehördlichen und landesbehördlichen Kräfte eine große Gefahr, die hauptsächlich bei der Regelung der Preisfrage zum Ausdruck kommt. Die Hauptversammlung verlangt schließlich von dem Ernährungsamt ein tatkräftiges Eingreifen gegenüber dem Lebensmittelwucher in jeder Form und fordert eine Verbilligung der Regiekosten der einzelnen Zentralen, da die dort nachweisbar ausbezahlten hohen Gehalte Verteuerungen des Betriebes herbeiführen. Unter den übrigen von der Versammlung gefaßten Resolutionen befindet sich eine wegen der Teuerungszulagen für die staatlichen Angestellten und Arbeiter, dann eine wegen der Versicherungsfragen und wegen der Bevölkerungspolitik.